

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 15/2012

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Dienstag, den 18.12.2012
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

1. Bürgermeister Jürgen Karle
 2. Bürgermeister Edgar Lutz
 3. Bürgermeister Kurt Selbert
- Eugen Bock
Werner Kaute-Vogt
Roland Brönner
Peter Görke
Brigitte Haas
Thomas Kleinhenz
Christian Kohlhepp
Joachim Lutz
Jürgen Müller
Astrid Mützel
Stefan Schottdorf

entschuldigt:

Georg Ullrich

von der Verwaltung:

anwesend:

Daniel Görke

Die Punkte 1 und 2 wurden zuvor nicht öffentlich behandelt.

3. Baufreigabe und Zustimmung zu einer Grunddienstbarkeit für die Verlegung eines 20kV-Kabels

Die SAG GmbH, CeGIT ist von E.ON Bayern mit der Verlegung eines 20kV-Kabels beauftragt. Hierfür bittet die Firma um Zustimmung zur Durchführung der Baumaßnahme. Das Kabel dient der neu verlegten Gasleitung in diesem Bereich.

Im Zuge dessen bitte die E.ON Bayern AG um Eintragung einer Grunddienstbarkeit auf dem Grundstück FINr. 54/1 Gemarkung Heiligkreuz. Pro Quadratmeter in Anspruch genommene Fläche wird 1,80 Euro entschädigt. Außerdem soll eine Trafostation errichtet werden, für die 500,- Euro entschädigt werden.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth erteilt seine Zustimmung zur Durchführung der Baumaßnahme und der Eintragung von Grunddienstbarkeiten zugunsten der E.ON Bayern AG für die Verlegung einer 20kV-Leitung und die Errichtung einer Trafostation auf dem Grundstück FINr. 54/ 1 Gemarkung Heiligkreuz.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

4. Bereitstellung von Waldflächen als Kernzone für das Biosphärenreservat Rhön

Mit Beschluss vom 11.09.2012 hat der Gemeinderat die Bereitstellung von Waldflächen als Kernzone für das Biosphärenreservat Rhön abgelehnt.

In der Bürgermeisterdienstbesprechung am 07.12. wurde dieses Thema nun nochmals behandelt. Wiederrum wurden die Bürgermeister eindringlich aufgefordert in ihren Gemeinderäten für die Bereitstellung der Flächen zu werben und diesbezüglich ablehnende Beschlüsse nochmals zu überdenken. Es wurde mitgeteilt, dass die Kommunen nun auch vereinzelte Waldstücke zur Verfügung stellen könnten, die unmittelbar an den Staatswald grenzen. Der Freistaat würde diese Flächen künftig für sich bewirtschaften und dafür andernorts eine große, zusammenhängende Fläche für das Biosphärenreservat zur Verfügung stellen.

Nach wie vor gibt es in der Gemeinde Wartmannsroth keine Flächen, die die geforderten Kriterien erfüllen bzw. sind die Flächen, die hierfür interessant wären für die gemeindliche Forstwirtschaft unerlässlich.

Denkbar wären allenfalls einige Waldstücke in der Gemarkung Schwärzelbach mit einer Gesamtfläche von ca. 6,8 Hektar.. Diese spielen aus forstwirtschaftlicher Sicht keine große Rolle. Allerdings erfüllen Sie auch nicht alle Kriterien für die Ausweisung als Kernzone. Als Zeichen des guten Willens könnte die Gemeinde maximal diese Flächen anbieten.

Einige Gemeinderatsmitglieder sehen keinen Grund dafür von der bisherigen Meinung abzuweichen. Nach Ihrer Ansicht hat die Gemeinde keinen unmittelbaren Vorteil aus der Kernzonenerweiterung. Im Gegenteil, Waldflächen müssten quasi abgetreten werden und würden somit der Bewirtschaftung und wohl auch der Bejagung entzogen. Außerdem halten sie die Ausgleichsbedingungen für völlig inakzeptabel, was schon in der Verklausalierung von „50 Cent für die Hälfte der Fläche“ zum Ausdruck kommt.

Auch Bürgermeister Karle drückt seinen Ärger über die Vorgehensweise in der ganzen Sache aus. Allein die Präambel der Vereinbarung stellt eine völlig verkehrte Darstellung des Sachverhalts da. Schließlich hätten nicht die Gemeinden um die Erweiterung der Kernzone gebeten. Die Kommunen hätten von Anfang an betont, dass sie nichts gegen eine Erweiterung einzuwenden hätten, wenn sie hierdurch nicht belastet würden. Dass der Freistaat nun von den Kommunen Waldflächen einfordert und darauf verweist, dass die Gemeinden die Erweiterungen ja gewollt hätten, ginge vollkommen an der Realität vorbei.

Die Frage nach den künftigen Eigentumsverhältnissen kann genauso nicht beantwortet werden, wie einige vertragliche Details, da hier auf noch zu treffende Regelungen verwiesen wird. Deshalb sieht sich der Gemeinderat auch nicht im Stande einen verbindlichen Beschluss zur Bereitstellung von Flächen zu fassen sondern behält sich die Klärung einiger Fragen vor.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt die Aufhebung des Beschlusses vom 11.09.2012. Der Beschluss wird wie folgt neu formuliert:

Die Gemeinde Wartmannsroth stellt die nachfolgend aufgeführten Waldflächen als Ausgleich für die Ausweisung staatlicher Waldflächen als Kernzone entsprechend den „Kriterien für Anerkennung und Überprüfung von Biosphärenreservaten der UNESCO in Deutschland“ in Aussicht:

Flurstück	Fläche
241	ca. 2.650
1476	ca. 10.600
1531	13.880l
1537	14.509
1588	11.830
1588/2	14.450

Eine verbindliche Zusage zur Bereitstellung der Flächen erfolgt erst, wenn sichergestellt ist, dass die Gemeinde Eigentümerin der Flächen bleibt und bei Änderung der Sachlage wieder frei über die Flächen verfügen kann. Zudem muss gewährleistet sein, dass die Flächen weiterhin von der örtlichen Jagdgenossenschaft bejagt werden dürfen bzw. kein Nachteil für die örtliche Jagdgenossenschaft aus der Bereitstellung der Flächen entsteht.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

5. Erhöhung der Versicherungssumme in der kommunalen Kassenversicherung (Vermögenseigenschadenversicherung)

Die Versicherungskammer hat der Gemeinde Wartmannsroth ein Angebot für eine Erhöhung der bestehenden Kassenversicherung vorgelegt. Das Angebot liegt den Ratsmitgliedern vor. Derzeit ist über die Kassenversicherung eine Versicherungssumme von 10.300,00 Euro pro Schadensfall abgedeckt. Der Selbstbehalt beträgt 250,00 Euro je Versicherungsfall.

Der Versicherungsschutz in der kommunalen Kassenversicherung gilt für Vermögenseigenschäden, die der Kommune im Kassen- und Verwaltungsbereich entstehen können.

Versichert sind:

- Alle kommunalen Einrichtungen und Eigenbetriebe
- Alle Mitarbeiter und Inhaber von Ehrenämtern
- Schuldhaftes Dienstpflichtverletzungen durch leichte, mittlere oder grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz.
- Kriminelle Handlungen:
Veruntreuung, Unterschlagung, Betrug, Computerbetrug, Urkundenfälschung, Urkundenunterdrückung, Bestechung, Bestechlichkeit, Vorteilsnahme, Diebstahl, Einbruchdiebstahl, Raub und räuberische Erpressung in den Geschäftsräumen und auf dem Transportweg.

Versicherungsschutz besteht bei jedem Grad der Fahrlässigkeit.

Bürgermeister, alle Bediensteten und Inhaber von Ehrenämtern (z.B. Gemeinderatsmitglieder) müssen, mit Ausnahme krimineller Handlungen, keine Rückgrifforderungen durch den Versicherer befürchten.

Seitens der Kämmerei wird eine Modifizierung des Versicherungsschutzes empfohlen, da die derzeitige Versicherungssumme als nicht mehr ausreichend erscheint. Auch von der staatlichen Rechnungsprüfungsstelle wird eine Erhöhung der Versicherungssumme dringend angeraten.

In Anbetracht der Tatsache, dass der jährliche Versicherungsbeitrag bei einer Versicherungssumme von 250.000,00 Euro gegenüber einer Versicherungssumme von 100.000,00 Euro nur um 207,80 Euro netto höher ist, schlägt die Kämmerei vor die Versicherungssumme auf 250.000,00 Euro zu erhöhen.

Aufgrund verlängerter Prüfungszeiträume wird eine Verlängerung der Anmeldefrist von derzeit sechs auf zehn Jahre empfohlen. Die Aufnahme der Nachhaftungsregelung in den Versicherungsschutz wirkt sich nur bei Kündigung des Vertrages aus.

Nachdem über die Notwendigkeit und Länge der Nachhaftungsregelung ausgiebig diskutiert wurde, entschließt sich der Gemeinderat dem Vorschlag der Kämmerei zu folgen. Allerdings soll zuvor noch geklärt werden, wie die Nachhaftungsregelung im Fall einer Kündigung durch den Versicherer aussieht.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth stimmt der Erhöhung der Versicherungssumme in der kommunalen Kassenversicherung auf 250.000,00 Euro zu. Die Anmeldefrist wird auf 10 Jahre verlängert. Die Nachhaftungsregelung wird nicht in den Versicherungsschutz aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

6. Antrag des Trägervereins Waizenbach auf Zuschuss zur Erneuerung der Saalbeleuchtung in der Gemeinschaftshalle Waizenbach

Der Trägerverein beabsichtigt die Saalbeleuchtung im Gemeinschaftshaus zu erneuern. Die Gesamtkosten betragen laut Angebot 8.295,50 Euro, wobei hiervon bereits 4.000,- Euro vom Wanderverein Rhöndistel übernommen werden, der sich auflösen wird und das restliche Vereinsvermögen zu diesem Zweck spendet. Der Restbetrag von 4.295,50 Euro soll von der Gemeinde übernommen werden. Es handelt sich hierbei ausschließlich um Materialkosten.

Ortssprecher Stefan Schottdorf erläutert hierzu, dass der Trägerverein den Einbau einer Gastküche aus eigenen Mitteln finanziert hat und sämtliche Arbeiten in Eigenleistung ausführt. Die jetzige Beleuchtung sei sehr unvorteilhaft, da durch die Umstellung auf Energiesparlampen die hinreichende Ausleuchtung des Saales nicht mehr gegeben ist.

Auch Bürgermeister Karle lobt das Engagement aller am Unterhalt der Gemeinschaftshalle Beteiligten. Der Verein sei sehr rührig und trage massiv dazu bei, dass die Gemeinde mit dem Unterhalt der Halle nicht über die Maßen belastet wird. Die Erneuerung der Beleuchtung sei sicherlich kein Luxus sondern dringend notwendig. Schließlich nutze auch die Gemeinde regelmäßig das Gebäude für offizielle Anlässe.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth bewilligt einen Zuschuss für den Trägerverein zur Erneuerung der Saalbeleuchtung im Gemeinschaftshaus Waizenbach, in Höhe von 4.295,50 Euro. Die Kosten sind anhand der Rechnung nachzuweisen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

7. Verschiedenes

- Der erste Bürgermeister informiert den Gemeinderat über eine Anfrage des Baron von Rothenhahn, der ebenfalls Interesse an einer Beförderung der Gemeinde hätte. Der Gemeinderat sieht aber keine Notwendigkeit an den bestehenden Beschlüssen noch einmal etwas zu ändern.
- Die Termine für die Bürgerversammlungen werden wie folgt festgelegt:
 - Sonntag, 24.02.2013 Völkersleier, Schützenhaus

- Mittwoch, 27.02.2013 Waizenbach, Gemeinschaftshalle
- Freitag, 01.03.2013 Wartmannsroth, Feuerwehrhaus
- Sonntag, 03.03.2013 Windheim, Feuerwehrhaus
- Dienstag, 05.03.2013, Heiligkreuz, Alte Schule
- Donnerstag, 07.03.2013 Schwärzelbach, Sportheim
- Freitag, 08.03.2013 Dittlofsroda, Feuerwehrhaus

8. Jahresbericht des ersten Bürgermeisters

In seinem Jahresrückblick erinnert Bürgermeister Karle an die offizielle Übergabe des Sitzungssaals, denn die erste Sitzung 2012 fand am 12.01. im neuen Sitzungssaal statt. Seither fanden 15 Gemeinderatssitzungen statt, dabei wurden 153 Tagesordnungspunkte behandelt und 197 Beschlüsse gefasst.

Gleich in der ersten Sitzung sei mit der Änderung verschiedener Straßennamen eine weittragende Entscheidung getroffen worden, die wohl sehr außergewöhnlich ist. Dieser Beschluss tritt fast genau ein Jahr später, zum 01.01.2013, in Kraft.

Hauptprojekt 2012 wurde das Großprojekt „Generalsanierung Kindergarten Wartmannsroth“ und bis heute sei das Projekt weitgehend zu Ende gebracht. Der Betrieb im neuen Kindergarten wird planmäßig im neuen Jahr nach den Weihnachtsferien beginnen.

Die sieben Bürgerversammlungen seien weitestgehend unproblematisch abgelaufen.

Im April haben wurde die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr beschlossen und dazu drei Informationsveranstaltungen durchgeführt. Dabei habe Geschäftsleiter Daniel Görke durch sein Engagement und seine Zuarbeit einige tausend Euro für die Gemeinde eingespart. Das Projekt sei vorerst mit dem Neuerlass der Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwasserabgabensatzung abgeschlossen.

Die Grenzregelung an der Ortsverbindungsstraße von Schwärzelbach zur B 27 sei endlich angegangen worden, nachdem alle Grundstückseigentümer sich einverstanden erklärt hatten. Die Vermessung sei nunmehr abgeschlossen, die notariellen Beurkundungen finden morgen Abend statt.

Der Antrag eines Gemeindebürgers zur Anpachtung einer Fläche zwecks Lagerung von Brennholz und Bau einer Halle habe eine allgemeine Grundsatzdiskussion über das Lagern von Brennholz auf Gemeindegrund besonders an Waldrändern ausgelöst. Zwar habe der Gemeinderat beschlossen hierfür eine Regelung zu finden, konnte sich aber bisher nicht auf eine solche einigen. Das Thema werde den Gemeinderat im nächsten Jahr wohl noch etwas verfolgen.

Die Auslagerung des Standesamtes, bzw. der Zusammenschluss mehrere Gemeinden im Standesamtswesen war Thema im gesamten Landkreis. Dabei habe sich gezeigt, dass der Gemeinderat mit seinem Beschluss, das Standesamt von Oberthulba verwalten zu lassen, voll im Trend lagen, ja sogar eine Art Initialzündung ausgelöst habe. Von diesem Zeitpunkt an sei das Thema Diskussionspunkt in vielen Gemeinderäten gewesen, was den Bürgermeister zu dem Fazit veranlasst, dass die richtige Entscheidung getroffen wurde.

Längere Zeit habe auch die Entscheidung zur zukünftigen Beförderung des Gremiums beschäftigt. Der Verbleib beim Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten oder der Wechsel zur Forstbetriebsgemeinschaft sei Gegenstand vieler Diskussionen gewesen. Hierzu hatten sowohl Vertreter des AELF, als auch der FBG vorgeschlagen. Letztendlich hätten die Kosten den Ausschlag gegeben. Die zukünftige Bewirtschaftung des Gemeindewaldes werde sich auch mit einem neuen Förster nicht ändern. Das Augenmerk werde auch weiterhin auf Nachhaltigkeit gerichtet sein und nicht auf der schnelle Profit.

Gegen Ende des Jahres habe man sich die selbstgeschaffenen Förderrichtlinie zur Schaffung von Wohnraum für junge Familien noch einmal vorgenommen. Zwar sei hier viel Geld ausgeschüttet worden, doch sei das eigentliche Ziel der Richtlinie noch nicht ganz erreicht. Deshalb sei hier noch Nachbesserungsbedarf.

Auch in der Verwaltung habe sich im letzten Jahr viel getan, resümiert der Bürgermeister. Neben personellen Veränderungen, habe man ein Fahrzeug für die Verwaltung beschafft, die gesamte EDV-Anlage erneuert und zeitgleich im Finanzwesen auf ein neues System umgestellt.

Das ganze Jahr hindurch habe die Windkraft immer wieder mal für Aufregung oder zumindest Diskussion gesorgt. Heraus gekommen sei bis heute nicht wirklich viel – außer, dass man jetzt auch offiziell wisse was man vorher auch schon gewusst habe: Der rote Milan ist überall!

Unverständlich sei es für den Bürgermeister, dass einige Grundstücksbesitzer einem wildfremden Windkraftvertreter die wahnwitzigsten Versprechungen abnehmen und alles glauben, während sie die Vertreter des Gemeinderates, die sie zum größten Teil schon ihr ganzes Leben lang kennen als ahnungslos abtun, wenn diese vor überstürzten Handlungen warnen. Doch scheinbar setze hier und da der Verstand aus, wenn angeblich das große Geld winkt.

In der Vorausschau auf das neue Jahr kündigt der Bürgermeister einige Projekte an:

- In Windheim müssen Kanäle saniert werden. Die Planungs- und Konzeptvorstellung findet bereits am 20.12. das Ingenieurbüro Auktor statt.
- Einige Brückensanierungen stehen an: Der Auftrag zur Hauptprüfung der gemeindlichen Brückenbauwerke wurde im März vergeben. Diese Prüfungen wurden inzwischen abgeschlossen und die Ergebnisse liegen vor. Einige Ausbesserungsarbeiten können vom Gemeindebauhof übernommen werden. Jedoch wird die Gemeinde wahrscheinlich nicht an der Vergabe von Aufträgen vorbei kommen. Auf jeden Fall muss hierfür Geld im Haushalt eingestellt werden.
- Die Dorferneuerung läuft in Waizenbach an. Hierfür ist ein Architektenvertrag mit dem Landschaftsplanungsbüro Dietz aus Engenthal in Vorbereitung.
- Im Laufe des Jahres wechselt die Beförderung vom AELF auf die FBG.
- Ende des Jahres werden die Listen für die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl aufgestellt werden. Nachdem zwei Mitglieder des Gemeinderates definitiv nicht mehr kandidieren wollen, ist es sicher, dass der Gemeinderat ab Mai 2014 anders aussehen wird. Hiervon werde man sich überraschen lassen.

Zum Abschluss bedankt sich der Bürgermeister bei den Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und das stets partnerschaftliche Verhältnis, vor allen Dingen aber für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und die Unterstützung, gerade auch von Seiten der Ortssprecher.

Anschließend bittet zweiter Bürgermeister Edgar Lutz noch kurz um das Wort. Auch er lässt das Jahr noch einmal kurz Revue passieren. Dabei erinnert er im Speziellen an Themen wie die erneuerbaren Energien und den Schulhausanbau sowie das „Lieblingsthema“ des ersten Bürgermeisters: Die Holzlagerplätze.

Er dankt Bürgermeister Karle für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit und seine Arbeit als Rathauschef, „auch wenn dieses immer noch nicht eingeweiht sei“. Auch der Verwaltung und dem Bauhof spricht Herr Lutz Lob und Dank für die zuverlässige Arbeit aus. Beim dritten Bürgermeister Kurt Selbert bedankt sich Herr Lutz für seine guten Ratschläge und die konstruktiven Denkanstöße im Gemeinderat.

So wie Kurt Selbert werde auch er selbst die Kommunalwahl 2014, die schon 2013 ihre Schatten vorauswirft sehr entspannt beobachten, da sie sich beide auf dem politischen Rückzug befänden.

Für das Jahr 2013 wünscht sich der zweite Bürgermeister eine weiterhin gute Zusammenarbeit im Gremium, dass von der Dorferneuerung alle Ortsteile profitieren und dass unter Berücksichtigung der Neuverschuldung alle Projekte und Ziele verwirklicht werden können.

Bürgermeister Karle schließt die Sitzung um 21.45 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführer